

I. EINFÜHRUNG

Durch die Erfahrungen eines sich seit mehr als 5 Jahren weltweit formierenden gemeinsamen Widerstands gegen den Neoliberalismus hat ein neues kollektives Bewusstsein entstehen können. Die treibenden Kräfte sind vor allem die Weltsozialforen, die thematischen, kontinentalen und nationalen Sozialforen sowie die Versammlung der Sozialen Bewegungen gewesen. Die am 18.1.2006 - am Vortag der Eröffnung des dezentralen Weltsozialforums in Bamako. - versammelten Teilnehmer am Treffen zum 50. Jahrestag der Bandung-Konferenz setzen sich für die Festlegung **anderer Entwicklungsziele** ein, für die Errichtung eines **Gleichgewichts** innerhalb der Gesellschaften **durch die Abschaffung jeder Ausbeutung** – ganz gleich ob aufgrund von Klasse, Geschlecht, Rasse und Kaste – und für den Aufbau eines **neuen Kräfteverhältnisses** zwischen Süd und Nord.

Der Aufruf von Bamako versteht sich als ein Beitrag zum Entstehen eines neuen **historischen Subjekts** und zur Konsolidierung der

vereinbarten Grundsätze dieser früheren Begegnungen. Damit sind gemeint:

- der Grundsatz des Rechts auf Leben für alle;
- die Leitlinien eines Zusammenlebens in Frieden, Gerechtigkeit und Vielfalt;
- die Mittel zur Verwirklichung dieser Ziele auf lokaler und globaler Ebene.

Damit ein **historisches Subjekt** entsteht – von den Volksmassen getragen, vielfältig, multipolar – müssen Alternativen erarbeitet und gefördert werden, die im Stande sind, soziale und politische Kräfte zu mobilisieren. Ihr Ziel ist eine radikale Umgestaltung des kapitalistischen Systems. Die von ihm ausgehende Zerstörung der Erde und des Lebens von Millionen Menschen, die es begleitende und nährende individualistische Konsumkultur sowie seine Durchsetzung mittels imperialistischer Kräfte sind nicht mehr zu dulden, da es um das Überleben der Menschheit geht. Solche Alternativen müssen sich auf die lange Tradition der von den Volksmassen getragenen Widerstandsfor-

men stützen und gleichzeitig die kleinen, zum Alltagsleben der Leidtragenden unentbehrlichen Schritte berücksichtigen.

Der Aufruf von Bamako enthält die in Ausschüssen besprochenen Leitthemen.

Er bekräftigt den Willen, folgendes aufzubauen:

- den Internationalismus der Völker des Südens und des Nordens gegenüber den verheerenden Schäden, die durch die Diktatur der Finanzmärkte und die unkontrollierte, globalisierte Ausdehnung multinationaler Konzerne angerichtet werden;
- die Solidarität der Völker von Asien, Afrika, Europa und von beiden Teilen Amerikas angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts;
- einen alternativen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Konsens, um sich gegen die neoliberale und militarisierte Globalisierung und gegen das Vormachtstreben der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zu stellen.

II. DIE GRUNDSÄTZE

1. Eine auf der Solidarität zwischen den Menschen und den Völkern beruhende Welt aufbauen

Unsere Epoche wird von der Durchsetzung der Konkurrenz zwischen Arbeitnehmern, Nationen und Völkern beherrscht.

Jedoch hat das Solidaritätsprinzip historisch gesehen für eine wirksame Organisation der Produktion von materiellen und geistigen Gütern eine viel konstruktivere Rolle gespielt. Wir möchten diesem Prinzip den ihm gebührenden Platz einräumen und das Prinzip der Konkurrenz relativieren.

2. Eine auf der umfassenden Macht der Bürger und der Gleichheit der Geschlechter beruhende Welt aufbauen

Dem Bürger muss bei der Gestaltung sämtlicher Bereiche des sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens die Hauptverantwortung eingeräumt werden. Dies ist die Voraussetzung für eine echte Demokratisierung. Ohne sie wird der Mensch zu einem Besitzer von Arbeitskraft, einem gegenüber den behördlichen Entscheidungen ohnmächtigen Zuschauer, einem zu den schlimmsten Verschwendungen ermutigten Verbraucher reduziert.

Die in Wort und Tat zu erfolgende Durchsetzung der völligen Gleichberechtigung der Geschlechter ist integrativer Bestandteil einer echten Demokratie. Eine der Voraussetzungen dafür ist die Überwindung aller

offenen oder versteckten patriarchalen Verhältnisse.

3. Eine universelle Zivilisation aufbauen, die der Vielfalt in allen Bereichen die Möglichkeit gibt, sich schöpferisch zu entfalten.

Für den Neoliberalismus würde die Machtentfaltung des Individuums - nicht des Staatsbürgers - die Verwirklichung der besten menschlichen Eigenschaften bedeuten. Die unerträgliche Isolierung des Individuums, das im kapitalistischen System gezwungenermaßen auf sich allein gestellt ist, schafft sein illusorisches Gegengift: der Rückzug in die Ghettos vorgeblich gemeinschaftlicher Identitäten von zumeist ethnischem und/oder religiösem Zuschnitt.

Wir wollen eine universelle Zivilisation aufbauen, die ohne rührselige Vergangenheitsbeschwörung die Zukunft ins Auge fasst. Bei einem solchen Aufbau werden die politische Vielfalt der Bürger und die kulturellen und politischen Unterschiede der Nationen und Völker zum Mittel, die Fähigkeiten der Individuen zur Entfaltung ihrer schöpferischen Kräfte zu verstärken.

4. Die Gesellschaft mittels Demokratie aufbauen

Die neoliberale Politik möchte durchsetzen, dass die Gesellschaftsform einzig durch den

Markt geprägt wird, dessen zerstörerische Wirkung für die Mehrheit der Menschen jedoch mehr als erwiesen ist.

Die Welt, so wie wir sie wollen, begreift den Gesellschaftsaufbau als Hauptergebnis einer unbegrenzten Demokratisierung. In diesem Rahmen, wo der Markt seinen Platz, aber nicht den ganzen Platz hat, müssen Wirtschaft und Finanzen in den Dienst eines Gesellschaftsentwurfs gestellt werden und nicht einseitig den Forderungen einer unkontrollierten Entfaltung von Initiativen des herrschenden Kapitals unterworfen werden, das die Einzelinteressen einer winzigen Minderheit begünstigt.

Diese radikale Demokratie, die wir fördern möchten, setzt den Erfindergeist politischer Neuerungen wieder in seine vollen Rechte ein. Sie gründet das gesellschaftliche Leben auf eine ständig wieder und wieder erzeugte Vielfalt und nicht auf einen manipulierten Konsens, der Grundsatzdebatten vom Tisch wischt und Andersdenkende in Ghettos einschließt.

5. Eine Welt aufbauen, in der die Natur, die Ressourcen des Planeten und die landwirtschaftlich benutzten Böden keine Ware sind.

Das neoliberale kapitalistische Modell setzt sich zum Ziel, fast alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in den Zustand einer

Ware zu versetzen. Die maßlose Privatisierung und Umwandlung in eine Ware haben noch nie da gewesene verheerende Wirkungen zur Folge: Zerstörung der Artenvielfalt, ökologische Bedrohungen, Verschwendung der Ressourcen, ob erneuerbar oder nicht (insbesondere Rohöl und Wasser), Vernichtung bäuerlicher Gesellschaften, denen eine massive Vertreibung von ihrem Boden droht.

Alle diese Bereiche müssen als kollektive Güter der Menschheit gestaltet werden. Die Entscheidungen in diesen Bereichen sollten im Wesentlichen nicht dem Markt zufallen, sondern der politischen Gestaltungsmacht der Nationen und der Völker unterstellt werden.

6. Eine Welt aufbauen, in der die kulturellen Erzeugnisse, die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Bildung und das Gesundheitswesen keine Ware sind.

Die neoliberale Politik führt zur Umwandlung kultureller Erzeugnisse in Waren und zur Privatisierung der wichtigsten Sozialen Dienste, insbesondere des Bildungs- und des Gesundheitswesens. Eine solche grundlegende Orientierung führt zur massenweisen Herstellung angeblich kultureller Produkte niedriger Qualität, unterwirft die Forschung ausschließlich den Prioritäten der kurzfristigen Rentabilität, und erschwert – oder gar versperrt – den Zugang der Volksmassen zur Bildung und Gesundheit.

Die Erneuerung und der Ausbau der Öffentlichen Dienste müssen vom Ziel der Befriedigung der Bedürfnisse und der Verstärkung der Grundrechte auf Bildung, Gesundheit

und Ernährung geleitet sein.

7. Eine Politik fördern, die eine radikale Demokratisierung, gesellschaftlichen Fortschritt und Selbstbestimmung von Nationen und Völkern verbindet.

Die neoliberale Politik verneint die spezifischen Anforderungen des gesellschaftlichen Fortschritts, der angeblich spontan durch Ausweitung der Märkte zustande kommen soll. Er verneint auch die Selbstbestimmung der Nationen und der Völker, die u. a. zur Korrektur der Ungleichheiten notwendig ist. Unter solchen Bedingungen wird die Demokratie ihres eigentlichen Gehalts völlig entleert, äußerst geschwächt und dadurch angreifbar gemacht.

Sich das Ziel einer echten Demokratie auf die Fahnen schreiben heißt, dem sozialen Fortschritt seinen entscheidenden Platz bei der Gestaltung sämtlicher Bereiche des gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens einzuräumen. Die im Laufe der Geschichte entstandene Vielfalt der Nationen und Völker – mit all ihren positiven Aspekten sowie den damit einhergehenden Ungleichheiten – erfordert die Bejahung ihrer Selbstbestimmung. Es gibt im politischen und im wirtschaftlichen Bereich kein allgemeingültiges Rezept, so dass man auf diese Selbstbestimmung verzichten könnte. Zur Erreichung der Gleichheit ist eine Vielfalt von Mitteln erforderlich.

8. Die Solidarität der Völker des Nordens und des Südens festigen, um einen anti-imperialistischen Internationalismus aufzubauen

Die Solidarität sämtlicher Völker – des Nordens wie des Südens – bei dem Aufbau einer universellen Zivilisation kann weder auf dem karitativen Beistand noch auf der Behauptung gründen, dass wir alle als Bewohner ein- und desselben Planeten über die Konflikte hinweg schauen könnten, die in der realen Welt zwischen den Interessen der verschiedenen Klassen und Nationen existieren.

Der Weg zur Solidarität erfordert die Überwindung der Gesetze und Werte des Kapitalismus und des ihm innewohnenden Imperialismus. Die regionalen Organisationen der alternativen Globalisierung müssen sich die Förderung der Selbstbestimmung und Solidarität der Nationen und Völker auf allen Kontinenten zum Ziel setzen. Diese Haltung steht im Gegensatz zu den heutzutage dominierenden Regionalisierungs-Modellen, von denen jedes als Bestandteil der neoliberalen Globalisierung aufgefasst wird.

Fünfzig Jahre nach der Bandung-Konferenz drückt der Aufruf von Bamako die Notwendigkeit einer neuen Bandung-Konferenz der Völker des Südens aus, die Opfer der globalen Verbreitung des real existierenden Kapitalismus sind, und die Notwendigkeit eines Wiederaufbaus einer Front des Südens, die im Stande ist, den Imperialismus der herrschenden ökonomischen Mächte und die militärische Hegemonie der Vereinigten Staaten zum Scheitern zu bringen.

Diese antiimperialistische Front stellt nicht die Völker des Südens gegen die des Nordens. Im Gegenteil ist sie die Grundlage für die Bildung eines globalen Internationalismus, der alle am Aufbau einer gemeinsamen, vielfältigen Zivilisation beteiligt.

III.- LANGFRISTIGE ZIELE UND VORSCHLÄGE FÜR SOFORTIGE AKTIONEN

Vorbemerkung

Um vom kollektiven Bewusstsein zur Herausbildung von kollektiven Akteuren (von den Volksmassen getragen, vielfältig ausgerichtet, multipolar) überzugehen, war es immer notwendig, genaue Themen festzulegen, um von ihnen ausgehend konkrete Strategien und Vorschläge zu formulieren.

Die Themenbereiche des Appells von Bamako werden im Einzelnen hier unten ausgeführt, sie überschneiden sich inhaltlich, allerdings nicht vollständig, und die gegenseitigen Verweise sind vielfältig. Sie decken die folgenden zehn Bereiche ab, die in langfristige Ziele und in Vorschläge für sofortige Aktionen aufgliedert sind:

1. Politische Organisierung der Globalisierung;
2. Organisierung der Weltwirtschaft;
3. Zukunft der bäuerlichen Gesellschaften;
4. Aufbau einer vereinten Bewegung der Werktätigen;
5. Regionalisierung entsprechend den Bedürfnissen der Völker;
6. Demokratische Gestaltung der Gesellschaften;
7. Gleichberechtigung der Geschlechter;
8. Bewirtschaftung der Naturschätze der Erde;
9. Demokratische Gestaltung der Medien und der kulturellen Vielfalt;
10. Demokratisierung der internationalen Organisationen.

Der Aufruf von Bamako ist eine Einladung an alle engagierten Organisationen, die die

große Mehrheit vertreten, also die werktätigen Klassen und die vom neoliberalen kapitalistischen System Ausgeschlossenen, sowie an alle Personen und politischen Kräfte, die diesen Grundsätzen zustimmen, gemeinsam an der Verwirklichung dieser Ziele zu arbeiten.

Die Schaffung von Synergien und gegenseitiger Solidarität über geographische- und Bereichsgrenzen hinweg ist die einzig mögliche Art, in einer globalisierten Welt zu handeln und Alternativen zu entwickeln. Arbeitsgruppen werden im Laufe dieses Jahres die hier unten angesprochenen Themen weiter vertiefen und konkretisieren, um dann auf einem weiteren Treffen Bilanz zu ziehen und strategisch vordringliche Aktionen vorzuschlagen.

1. Für ein multipolares Weltsystem, gegründet auf Frieden, Recht und Verhandlungen

Die Entwicklung zu einem wirklich multipolaren Weltsystem, das die Kontrolle der Erde durch die Vereinigten Staaten von Amerika zurückweist und das Grundrecht der Bürger und Völker garantiert, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen, erfordert **folgende Schritte**:

1) Verstärkung der **Protestbewegung gegen Krieg und militärische Besatzung** und Vertiefung der Solidarität mit den kämpfenden Völkern in den Konfliktherden der Erde. In diesem Zusammenhang wäre es sehr wichtig, dass die für den 18. und 19. März 2006 vorgesehenen weltweiten Demonstrationen gegen den Irakkrieg und gegen die Militärpräsenz in Afghanistan auch folgende Forderungen erheben:

- Verbot der Anwendung und Herstellung von Atomwaffen sowie Zerstörung aller vorhandener Waffenarsenale;
- Demontage aller Militärbasen außerhalb des nationalen Territoriums, insbesondere der von Guantanamo;
- unverzügliche Schließung aller CIA-

Gefängnisse.

2) Ablehnung der Interventionen der NATO außerhalb Europas, Forderung einer Distanzierung der europäischen Partner von Präventivkriegen wie die der Vereinigten Staaten und gleichzeitig Starten einer Kampagne zur **Auflösung der NATO**.

3) Bekräftigung der **Solidarität mit dem palästinensischen Volk**. Der Kampf dieses Volkes symbolisiert den Widerstand gegen die weltweite Apartheid, die in der Mauer materialisiert wird, gegen eine Apartheid, die den Bruch zwischen « Zivilisation » und « Barbarei » verkündet. Vordringlich sind dafür die Stärkung der Kampagnen für das Niederreißen der Schandmauer und für den Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten.

4) Ausweitung der Solidaritätskampagnen mit **Venezuela und Bolivien**, die beide Alternativen zum Neoliberalismus entwickeln und die lateinamerikanische Integrati-

on vorantreiben.

5) Über diese Kampagnen hinaus könnten noch folgende **Projekte** in Betracht gezogen werden:

- Aufbau eines Netzwerks von Forschern, die in engem Kontakt mit den lokalen Zusammenschlüssen von Aktivisten vollständige und immer wieder aktualisierte Datenbanken über **Militärbasen** der Vereinigten Staaten und der NATO aufbauen. Eine genaue Information über diese militärischen und strategischen Fragen würde die Kampagnen für deren Demontage effektiver machen können;

- Schaffung einer Initiative « **Imperialism Watch** », die nicht nur Kriege und ihre Propaganda anprangern würde, sondern auch alle wirtschaftlichen und sonstigen Mächtschaften und Druckmittel, denen die Völker ausgesetzt sind;

- Schaffung eines **weltweiten anti-imperialistischen Netzwerks**, das weltweit alle Mobilisierungen koordinieren würde.

2. Für eine Reorganisation des Weltwirtschaftssystems

Eine Handlungsstrategie zur Umgestaltung des Weltwirtschaftssystems beinhaltet folgende Schritte:

1) Verstärkung der Protestkampagnen gegen die derzeitige Funktionsweise der **Welthandelsorganisation (WTO)** und des Kampfes für alternative Regelungen. Die WTO darf für die Landwirtschaft, für die öffentlichen Grundversorgungsdienste, für das geistige Eigentum usw. nicht mehr zuständig sein.

2) Gründung von Arbeitsgruppen, die Verbindungen mit den schon seit langem tätigen sozialen Vereinigungen und Bewegungen aufbauen, um eine äußerst zuverlässige und umfassende **Übersicht über die Vorschläge alternativer Maßnahmen** in den wesentlichsten Bereichen der Wirtschaft zu erstellen:

- Organisation des **Transfers** von Kapital und Technologien;
- Vorschlag von **Regelwerken** (zum Beispiel «Investitionscodex»), die die Rechte der Nationen und der Werktätigen genau festlegen;
- Organisation des **Währungssystems**: Kontrolle der Kapitalströme, vor allem

des spekulativen Kapitals; Abschaffung der Steuerparadiese; Aufbau regionaler Wechselkurssysteme mit Stimmrecht in einem erneuertem Weltwährungssystem, also u. a. Überprüfung der Rolle von IWF und Weltbank;

- Rückkehr zum Prinzip, nach dem es das unanfechtbare Recht der Nationen ist, ihr **Wirtschaftssystem selbst zu wählen**. Abschaffung aller Hindernisse, die durch Entscheidungen internationaler Organisationen ohne Verhandlungen aufgezungen wurden;

- Entwurf geeigneter Gesetzesvorschriften zu den **Auslandsschulden**: Die Staaten werden zur Durchführung von Untersuchungen über die sittenwidrigen Schulden aufgefordert. Unmittelbare Verstärkung der Mobilisierung zur Annullierung der Schulden der Dritten Welt;

- Reform der **sozialen Dienste** und ihrer Finanzierung: Bildungswesen, Gesundheitswesen, Forschung, Renten usw.

3) Gründung von Gruppen spezialisierter Forscher, die die Entwicklung der Kapitalbewegungen verfolgen und die Abhängig-

keitsmechanismen des nationalen Finanzkapitals vom internationalen Finanzkapital studieren.

4) Gründung von nach Ländern und Regionen gegliederten Arbeitsgruppen, ausgestattet mit Internetpräsenz und Diskussionsgruppen, um in jedem Land die Eigentumsverhältnisse des Kapitals zu studieren, ebenso wie die Mechanismen, nach denen der Kapitalismus funktioniert und wie sich seine Beziehungen zum internationalen Finanzsystem gestalten.

5) Gründung von Fortbildungsstätten für Journalisten, um sie über die komplizierten Mechanismen der neoliberalen Globalisierung zu informieren.

6) Aufbau von Kontakten mittels vernetzter Internetseiten zwischen den verschiedenen Vereinigungen progressiver Wirtschaftswissenschaftler und Aktivisten, die in jeder Region der Welt (Asien, Afrika, Lateinamerika, Ozeanien, Europa, Nordamerika) Alternativen zur neoliberalen Globalisierung ausarbeiten.

3. Für eine Regionalisierung im Dienste der Völker, die den Süden bei globalen Verhandlungen stärkt

Da der Freihandel, der den Stärkeren begünstigt, der Feind regionaler Integration ist und letztere nicht nach den Freihandelsregeln verwirklicht werden kann, müssen Bedingungen einer **alternativen Zusammenarbeit innerhalb jeder Großregion**, wie auch Regeln für eine Erneuerung der "Trikontbewegung" geschaffen werden und dies in enger Verbindung mit den Aktivitäten der sozialen Bewegungen.

In **Lateinamerika** haben die mit den Aggressionen multinationaler Konzerne konfrontierten Werktätigen die Frage der regionalen Integration in eine neue Perspektive eingeschrieben. Sie soll auf kooperativen Vorteilen und nicht mehr auf Konkurrenz begründet sein. Dies ist z.B. im Süden der Fall bei den Versuchen einer alternativen Zusammenarbeit im Bereich von Erdöl (Petrocarib), bei der Schuldenreduzierung (Aufkauf der Schulden zwischen den Ländern des Südens) oder des Bildungs- und Gesundheitswesens (Kubas Ärzte). Diese Zusammenarbeit zur Förderung des Wachstums und der Solidarität in allen Ländern muss auf politischen Grundsätzen basieren und nicht auf den aufgezwungenen WTO-Handelsregeln.

In **Afrika** gibt es eine starke Bestrebung nach Einheit und das klare Bewusstsein, dass isolierter Widerstand und Entwicklung angesichts des neoliberalen Drucks unmöglich sind. Es gibt zahlreiche, allerdings ineffiziente Einrichtungen zur Integration und die aktivsten stammen aus der Zeit der Kolonisation und der Apartheid. Bei der Afrikanischen Union und ihrem wirtschaftlichen und sozialen Programm (NEPAD) ist keine Spur von einem kollektiven Widerstand zu finden.

Gerade vor diesem Hintergrund müssen die Bewegungen der Zivilgesellschaft einsehen, wie dringend notwendig eine Überwindung ihrer Konflikte ist. In den nordafrikanischen Staaten am Mittelmeer liefern die Europa-Mittelmeer-Abkommen ein weiteres Beispiel einer auf Kosten des Südens umgesetzten Regionalisierung.

Um sich gegen die neoliberale Globalisierung zu schützen, sind in **Asien** ungeachtet aller Schwierigkeiten in den meisten Ländern Initiativen von unten entstanden, an die sich viele Organisationen der Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen usw. angeschlossen haben, und es gelang ihnen, eine Volkscharta zu erarbeiten, die auf eine Verstärkung der Zusammenarbeit in den Handelsbeziehungen hinzielt.

Über die Intensivierung der Kampagnen gegen Kriege und Kriegsdrohungen hinaus wären also folgende Vorschläge zu empfehlen:

1) Für Lateinamerika:

- Stärkung der Kampagnen zur Unterstützung von ALBA, um die US-amerikanische Strategie der ALCA endgültig zum Scheitern zu bringen;
- Förderung der Unabhängigkeit und der Entwicklung nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Ausgleiches zwischen den Völkern;
- Aufbau einer auf Zusammenarbeit und Solidarität begründeten Integration, welche den spezifischen Charakter jedes Volkes berücksichtigt;
- Mobilisierung der sozialen Bewegungen zum Ausbau und zur Vertiefung des alterna-

tiven Integrationsprozesses - wie z.B. Petrocaribe oder Telesur;

- Förderung der Handelsbeziehungen, die einer kooperativen Logik entsprechen;
- Verstärkung der Vernetzung von Aktionen sozialer und politischer Organisationen zur Umsetzung dieser Vorhaben.

2) Für Afrika:

Die Bewegungen der Zivilgesellschaft sollten für die Notwendigkeit der Formulierung von alternativen Vorschlägen innerhalb der afrikanischen Initiativen sensibilisiert werden.

Sie sollten das dringend nötige Zusammenspiel zwischen regionalen und nationalen Aktionen in Betracht ziehen.

Sie sollten Friedenskampagnen zur Lösung schon vorhandener und Vorbeugung künftiger Konflikte starten und jedes auf Rasse oder Kultur gründende Konzept der Integration aufgeben.

3) Für Asien:

Die Expansion und die Konkurrenz des Kapitals zwischen Ländern sollte verhindert und die Solidarität der arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder verstärkt werden; Die lokale Vernetzung zwischen Produktion und Verbrauch und die Wissenschaft für den ländlichen Wiederaufbau sollten gefördert werden.

Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Südens wird nur dann effizient, wenn sie die Solidarität zwischen Völkern und solchen Regierungen tatsächlich zum Ausdruck bringt, die sich gegen den Neoliberalismus stellen und nach Alternativen zur Schaffung eines multipolaren Weltsystems suchen.

4. Für eine demokratische Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen unseres Planeten

Das Konzept der "natürlichen Ressourcen" muss dem des Lebendigen und daher dem **Recht auf Leben** untergeordnet werden, damit die Zerstörung und Plünderung des Planeten aufhört. Es handelt sich also um ein lebenswichtiges Prinzip und nicht nur um eine bloße Verwaltung natürlicher Ressourcen. Letztere können nicht über ihre Erneuerungskapazitäten hinaus benutzt werden, die für die jeweiligen Länder definiert werden müssen. Benutzungskriterien müssen definiert werden, um Entwicklung zu gewährleisten und die Biodiversität und die Ökosysteme zu erhalten. Man muss also die Entwicklung von Ersatzmitteln für nichterneuerbare Ressourcen unterstützen. Die Ver-

marktung von Leben (commodification of life) führt zu Kriegen um Erdöl, Wasser usw. Die agrochemischen Multis geben der gewinnorientierten Landwirtschaft den Vorzug über die nahrungsmittelorientierte Landwirtschaft. Dabei erzwingen sie Anbautechniken, die die Landwirte in Abhängigkeit der Firmen versetzen und Umweltzerstörung herbeiführen (Bewirtschaftungsverträge, die die Landwirte zum Gebrauch von Maschinen, Düngemitteln und Saatgut -wie z.B. GMOs- zwingen).

Konkret müssen zwei Handlungsebenen für die Umwelt kombiniert werden:

Mikro- und Makroebene.

Auf der Makroebene – Staatsebene – sollte eine zwischenstaatliche Instanz zur multilateralen Zusammenarbeit geschaffen werden, die mit Hilfe von Handlungs- und Druckmitteln die Staaten zu globalen Maßnahmen zwingen.

Auf der Mikroebene - lokale und regionale Aktivitäten - hat die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zu spielen, vor allem bei der Verbreitung von Informationen und der Förderung von neuen Verfahren, die zur Schonung der Ressourcen und zum Umweltschutz beitragen. Die Lokalebene muss verstärkt werden, da die Entscheidungen allzu häufig ausschließlich auf der Makroebene ausgedacht werden.

Folgende Aktionen könnten daraus hervorgehen:

- 1) Ein **internationales Gericht für Umweltkriminalität** ins Leben rufen: die Staaten des Nordens und ihre Lokalvertretungen könnten dann zu Reparaturzahlungen für Länder des Südens verurteilt werden (ökologische Schulden);
- 2) **Verträge als illegal** erklären, die die Bauern abhängig von Saatgutserzeugern machen, zu Sklaverei unter der Technologie führen und die Biodiversität zerstören;
- 3) Das „**Recht auf Verschmutzung**“ (pollution rights) und ihren Markt **abschaffen** und

die reichen Länder verpflichten, ihre Kohlendioxid-Produktionsraten (5,6 Tonnen C pro Kopf und Jahr für die USA) zu reduzieren, damit die armen Länder (0,7 Tonnen C pro Kopf und Jahr in den Ländern außerhalb der G8) sich auch industrialisieren können;

4) Verbieten, dass **Riesenstaudämme**, sofern sie wirklich notwendig sind, ohne Schadenersatzleistungen für die vertriebene Bevölkerung gebaut werden können (wirtschaftliche Flüchtlinge);

5) Biologische und genetische Ressourcen vor **Patenten** des Nordens schützen, die die Länder des Südens ärmer machen und einen kolonialartigen Raub darstellen;

6) Die **Privatisierung des Wassers** bekämpfen, wie sie von der Weltbank gefördert wird - auch in Form einer Partnerschaft zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen (PPP privat-public partnership) – und das Recht jedes Menschen auf eine Mindestwassermenge mit Rücksicht auf die Erneuerung des Grundwassers garantieren;

7) Schaffung eines **Überwachungsgremiums für die Umwelt** (ecologic Watch), dessen Aufgabe es wäre, handfeste Aggressionen gegen die Umwelt aufzudecken und darauf zu reagieren.

5. Für eine bessere Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft

Im Bereich der bäuerlichen Landwirtschaft gibt es zunächst mittel- und langfristige Ziele, die an die **Nahrungssouveränität** geknüpft sind, und die sich auf nationaler und internationaler Ebene, multilateraler (Ziele der WTO) und bilateraler Ebene (Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Union) befinden. Auf nationaler Ebene betrifft dies sowohl die landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik als auch die Strukturpolitik, den Zugang der Landwirte zu Produktionsmitteln und in erster Linie zu Boden.

Auf sehr kurzer Sicht, 2006, geht es darum, den Verhandlungsabschluss der **Doha-Runde zum Scheitern zu bringen**, was es erleichtern würde, die Abschlüsse der Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft abzulehnen.

Die Vorschläge werden dementsprechend entlang von zwei Achsen entwickelt: zum einen Vorschläge über die Mittel, um mittelfristig Nahrungssouveränität zu erlangen und zum anderen als erster Schritt Vorschläge, um die Doha-Runde und die Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft zum Scheitern zu bringen.

1) Vorschläge zur Erlangung der Nahrungssouveränität:

Die Nahrungssouveränität ist das Recht, das jedem Staat (oder jeder Staatengruppe) zuerkannt werden muss, die eigene Landwirtschaftspolitik und die Form seiner Eingliederung in den Weltmarkt zu definieren, es ist auch das Recht, sich wirksam vor Importen zu schützen und die landeseigenen Landwirte zu subventionieren, unter der Bedingung, dass alle Exporte von landwirtschaftlichen Produkten verboten sind, deren Preis unter den durchschnittlichen Gesamtproduktionskosten ohne direkte oder indirekte (vorgelagerte oder nachgelagerte) Subventionen steht. Sie ist der Hebelarm für alle Länder,

ihre nationale Souveränität in allen Bereichen wieder zu erlangen. Auch fördert sie die Demokratie, da sie zur Definition ihrer Mittel und Ziele eine starke Einbindung der verschiedenen Akteure der Nahrungsmittelbranche nötig macht, angefangen bei den landwirtschaftlichen Familienunternehmen. Sie setzt daher Regulierungsverfahren auf nationaler, subregionaler und internationaler Ebene voraus.

Auf nationaler Ebene:

Die Staaten müssen den bäuerlichen Betrieben den **Zugang zu Produktionsfaktoren**, in erster Linie zu Boden, garantieren. Die Förderung der Landwirtschaft als Agrobusiness mit dem Aufkauf von Boden durch die nationale Bourgeoisie (darunter Beamte) und transnationale Unternehmen, zum Nachteil der bäuerlichen Betriebe, muss beendet werden. Dies schließt ein, dass Investitionen von Familienbetrieben erleichtert und lokale Produkte weiter verarbeitet werden, was sie für die Verbraucher attraktiver macht. Das **Recht auf Bodennutzung** für alle Bauern der Welt muss als Grundrecht anerkannt werden. Seine Umsetzung erfordert adäquate Reformen des Bodenrechts und in manchen Fällen Agrarreformen.

Damit auch **die städtischen Verbraucher** das Ziel der Nahrungssouveränität teilen – unablässige Bedingung, damit sich die Regierungen dafür engagieren -, müssen drei Maßnahmen durchgeführt werden:

- Einschränkung der Tätigkeiten des Handels, welche die Landwirte und Verbraucher benachteiligen;

- Durchführung von Kampagnen zur Sensibilisierung der Verbraucher über das immense Unrecht an der Landwirtschaft und der ganzen Wirtschaft des jeweiligen Landes überhaupt durch die Abhängigkeit von Importprodukten, denn es werden zum Beispiel

in den Supermärkten in Westafrika fast ausschließlich solche zum Verkauf angeboten;

- Schrittweise Anhebung der Agrarpreise durch die Erhöhung der Einfuhrabgaben, um die Verbraucher mit sehr eingeschränkter Kaufkraft nicht zu benachteiligen. Dies muss mit dem Austeilen von Gutscheinen zum Einkauf der lokalen Nahrungsmittel zu den alten Preisen einhergehen, wie es in den Vereinigten Staaten, Indien und Brasilien praktiziert wird, bis die Produktivitätssteigerung der Landwirte die Stückkosten sinken lässt und es ihnen ermöglicht, den Verkaufspreis für die Verbraucher zu senken.

Auf subregionaler Ebene:

Damit die Staaten ihre volle Souveränität, zunächst die Nahrungssouveränität, zurück-erlangen können, erweist sich die **regionale politische Integration für die kleinen Länder** des Südens als unumgänglich. Hierfür müssen die gegenwärtigen regionalen Institutionen reformiert werden, vor allem in Afrika die UEMOA (Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion) und die CEDEAO (Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten), die zu abhängig von diversen Supermächten sind.

Auf internationaler Ebene:

Es muss auf die Vereinten Nationen Druck ausgeübt werden, damit sie die **Nahrungssouveränität als Grundrecht der Staaten anerkennen**, welches unerlässlich ist, um das Recht auf Nahrung umzusetzen, so wie es in der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1996 steht. Auf dieser Ebene müssen vier Instrumente zur Regulierung des internationalen Agrarhandels eingerichtet werden, damit die Nahrungssouveränität verwirklicht wird:

- Ein wirksamer **Schutz vor Importen** durch variable Abschöpfungsbeträge, die einen festen Einfuhrpreis garantieren, so dass im Inland landwirtschaftliche Mindestpreise gewährleistet werden, welche die Investitionen der Bauern und die Kredite der Banken sichern. Die Einfuhrzölle haben bisher unzureichend geschützt, angesichts stark schwankender Weltmarktpreise, deren Fluktuation durch Wechselkursschwankungen noch verstärkt wurde;

- **Beseitigung jeder Form von Dumping**, indem alle Exporte unterhalb der durchschnittlichen gesamten Produktionskosten des Landes ohne direkte oder indirekte Subventionen verboten werden;

- **Internationale Koordinierungsmechanismen zur Beherrschung des Angebots**, um strukturelle Überproduktion zu vermeiden und konjunkturelle Über-

produktion zu minimieren, welche die Agrarpreise in den Keller treiben;

- Es ist nötig, **die Landwirtschaft aus der WTO auszugliedern** und die internationale Regulierung des Agrarhandels einer Organisation der Vereinten Nationen, zum Beispiel die FAO, anzuvertrauen. Insbesondere wäre eine Reform ihrer Organisation nach dem dreiteiligen Modell der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) nötig, wonach die Vertreter der landwirtschaftlichen Gewerkschaften (FIPA und Via Campesina), die Vertreter der Nahrungsmittelindustrie, die bereits im Schatten Lobbying bei den Regierungen machen und die Vertreter der Staaten gemeinsam tagen würden, um Regulierungsrichtlinien zu erarbeiten.

2) Vorschläge auf kurzer Sicht, um die Doha-Runde und die Abkommen

über wirtschaftliche Partnerschaft zum Scheitern zu bringen:

Eine Hauptlehre aus der Ministerkonferenz der WTO in Hongkong ist, dass Brasilien und Indien, und mit ihnen die G-20, sich von den Interessen der Bevölkerungen der Dritten Welt entfernt haben und sich als entschlossene Antriebskraft der neoliberalen Globalisierung gezeigt haben. Da die Doha-Runde ein „globales Verhandlungspaket“ (single undertaking) ist, gibt es Mittel, sie zum Scheitern zu bringen. Die internationale Zivilbevölkerung - in erster Linie die Bauernorganisationen des Nordens und des Südens - können in einer Medienkampagne zeigen, dass diese Subventionen (besonders die der „grünen Box“) ein weitaus bedeutenderes Dumpinginstrument sind als die expliziten Exportsubventionen, und noch bedeutender werden sollen, wenn jene (ab 2014) abgeschafft werden.

6. Für den Aufbau einer vereinten Bewegung der Werktätigen

Zwei der Hauptwaffen in den Händen der Werktätigen sind das **Stimmrecht** und das Recht auf Gründung von **Gewerkschaften**. Demokratie und Gewerkschaften wurden bis heute hauptsächlich auf nationaler Ebene aufgebaut. Die neoliberale Globalisierung ist jedoch eine Herausforderung für die Werktätigen der ganzen Welt, und man kann sich dem globalisierten Kapitalismus nicht nur auf nationaler Ebene entgegensetzen. Heute gibt es eine doppelte Aufgabe: zum einen muss die nationale Ebene gestärkt werden und gleichzeitig muss die Demokratie globalisiert und eine weltweite Arbeiterklasse reorganisiert werden.

Die massive **Arbeitslosigkeit** und die **Zunahme informeller Arbeit** sind ein anderer Hauptgrund, um die bestehenden Organisationen der werktätigen Klassen zu überdenken. Eine weltweite Strategie der Arbeit darf nicht nur die Situation der Arbeiter, die in einem stabilen Arbeitsverhältnis stehen, berücksichtigen. Selbst in den Industrieländern sind immer mehr Werktätigen außerhalb des formellen Sektors beschäftigt. In der Mehrzahl der Länder des Südens bilden die Werktätigen im informellen Sektor die Mehrheit: Werkstätige in temporärer Beschäftigung und in den informellen Sektoren; Selbständige; Arbeitslose; Straßenverkäufer; diejenigen, die ihre eigenen Dienstleistungen verkaufen. Diese Gruppen nehmen in den meisten Ländern des Südens zu, einerseits aufgrund erhöhter Arbeitslosigkeit, andererseits auf Grund der Verknappung und Informalisierung der garantierten Arbeitsplätze und der anhaltenden Landflucht. Die wichtigste Aufgabe für die Werkstätigen außerhalb des formellen Sektors wird

es sein, sich zu organisieren. Für die traditionellen Gewerkschaften heißt es, sich zu öffnen, um gemeinsam handeln zu können.

Die traditionellen Gewerkschaften haben Schwierigkeiten, dieser Herausforderung gerecht zu werden. Die Organisationen der Werkstätigen außerhalb der formellen Sektoren werden nicht alle notwendigerweise Gewerkschaften oder ähnliche Organisationen sein und die traditionellen Gewerkschaften werden sich ebenfalls verändern müssen. Neue Perspektiven gemeinsamen Handelns, basierend auf horizontalen Verbindungen und gegenseitigem Respekt, müssen sich zwischen den traditionellen Gewerkschaften und den neuen sozialen Bewegungen entwickeln. Zu diesem Zweck sind folgende **Vorschläge** in Erwägung zu ziehen:

1) Öffnung der Gewerkschaften zu einer Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen, ohne zu versuchen, diese der traditionellen gewerkschaftlichen Struktur oder einer bestimmten politischen Partei unterzuordnen.

2) Aufbau von tatsächlichen transnationalen gewerkschaftlichen Strukturen, die sich den transnationalen Arbeitgebern widersetzen können. Diese gewerkschaftlichen Strukturen müssen gleichzeitig über eine Verhandlungskapazität und ein Mandat verfügen, um gemeinsame Aktionen über nationale Grenzen hinaus organisieren zu können. Zu diesem Zweck wäre es ein wichtiger Schritt, starke gewerkschaftliche Strukturen innerhalb von einigen multinationalen Konzernen zu organisieren. Letztere besitzen

ein komplexes Produktionsnetzwerk und reagieren häufig sehr empfindlich auf jede Unterbrechung in der Produktions- und Vertriebskette und sind dadurch verwundbar. Erfolge in den Kämpfen gegen multinationale Konzerne könnten einen realen Einfluss auf das weltweite Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit haben.

3) Technologische Entwicklung und Strukturwandel sind notwendig, um die Lebensbedingungen zu verbessern und die Armut auszumerzen, aber die **Verlagerung von Produktionsstandorten** wird heute nicht im Interesse der Arbeiter durchgeführt, sondern ausschließlich entsprechend einer Profitlogik. Als Alternativen zu Profitlogik und Freihandel ist es nötig, sich für eine graduelle Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen einzusetzen, für eine lokale Produktion, die mit der lokalen Nachfrage steigt und für ein Verhandlungssystem gegenüber den Standortwechseln. Diese Standortwechsel sollten Bestandteil transnationaler Verhandlungen werden, um zu vermeiden, dass die Arbeiter verschiedener Länder zu einer Konkurrenz untereinander gezwungen werden und in einen unerbittlichen Kampf gegeneinander geraten.

4) Die Rechte der Wanderarbeiter sollten von den Gewerkschaften als grundlegendes Thema gesehen werden, um zu gewährleisten, dass die Solidarität zwischen Arbeitern nicht an ihre nationale Herkunft geknüpft ist. In der Tat sind Ausgrenzung und Diskriminierung, gleich ob auf ethnischer oder anderer Basis, eine Bedrohung für die Solidarität der werktätigen Klasse.

5) Es muss darauf geachtet werden, dass die zukünftige transnationale Organisation der werktätigen Klasse **nicht** wie eine einzige, **hierarchische** und pyramidenförmige Struktur aufgebaut ist, sondern aus verschiedenartigen Organisationen besteht, in einer **Netzwerkstruktur** mit zahlreichen horizontalen Verbindungen.

6) Eine **neue Arbeiterbewegung** soll gefördert werden, die in ihren Strukturen auch die Arbeiter außerhalb des formellen Sektors in der ganzen Welt einschließt, und die in der Lage ist, durch koordiniertes Handeln dem globalisierten Kapitalismus auf wirksame Weise die Stirn zu bieten.

Nur eine solche globale und weiterentwickelte Bewegung der Werktätigen, die gemeinsam mit anderen sozialen Bewegungen handelt, wird die gegenwärtige Welt verändern und eine Weltordnung schaffen können, die auf Solidarität und nicht auf Konkurrenz begründet ist.

7. Für eine Demokratisierung der Gesellschaften im Dienste einer umfassenden Entwicklung der Menschheit

Die fortschrittlichen Kräfte müssen sich das Konzept der Demokratie wieder aneignen, da eine alternative, sozialistische Gesellschaft von Grund auf demokratisch sein muss. Demokratie lässt sich nicht von oben herab verordnen. Sie ist ein Prozess kultureller Wandlung, denn die Menschen verändern sich durch ihr eigenes Handeln. Es ist daher unerlässlich, dass die Akteure der Massenbewegungen und der linken bzw. fortschrittlichen Regierungen verstehen, dass Räume für eine wirkliche Partizipation geschaffen werden müssen, sowohl am Arbeitsplatz als auch am Wohnort. Die Menschen müssen zu Protagonisten ihrer eigenen Geschichte werden, wenn man die Probleme der Völker lösen will: Gesundheit, Ernährung, Bildung, Wohnung... Der Zusammenbruch der sozialistischen Länder Osteuropas hat viel zu tun mit fehlender Partizipation. Die Bürger dieser Länder waren kaum mehr motiviert, die Regimes zu verteidigen, in denen sie nur Zuschauer und keine Akteure waren.

Der Kampf für Demokratie muss auch mit dem Kampf gegen Armut und jede Form von Ausgrenzung einhergehen. Wenn man diese Probleme lösen will, muss das Volk die Macht haben. Dies beinhaltet den Kampf gegen die Profitlogik des Kapitals und die Einführung einer anderen, humanistischen und solidarischen Logik in den Bereichen, die man erobern kann. Denn nur die Behauptung der Notwendigkeit einer alternativen Gesellschaft reicht nicht mehr aus. Es ist es notwendig, Basisinitiativen vorzuschlagen, die Alternativen zum Kapitalismus darstellen, und die mit der Handelslogik und den von dieser Dynamik aufgezwungenen Verhältnissen brechen.

Aber es geht auch darum, Kämpfe zu organisieren, die sich nicht auf rein wirtschaftliche Forderungen begrenzen, auch wenn diese natürlich notwendig sind. Es geht auch um ein alternatives, soziales Projekt, das echte Strukturen von Macht und Demokratie beinhaltet, und zwar über die derzeitigen Formen der repräsentativen, parlamentarischen, auf Wahlen reduzierten Demokratie hinaus. Es ist also nötig, für eine neue Form der Demokratie zu kämpfen, die von unten kommt, für diejenigen, die unten sind, mittels lokaler Regierungen, ländlicher Ge-

meinden, Arbeitervereinigungen, Bürgerinitiativen usw. Eine solche demokratische, solidarische Praxis ist die beste Möglichkeit, um neue soziale Gruppen für den Kampf für eine alternative, gänzlich demokratische Gesellschaft zu gewinnen.

Um die genannten Grundsätze zu verwirklichen, werden folgende **Leitlinien** vorgeschlagen:

- Die Demokratie in die Gesamtheit der Bedingungen integrieren, welche die Emanzipations- und Befreiungsbewegungen in ihrer individuellen und kollektiven Dimension charakterisieren.

- Es muss anerkannt werden, dass das **Scheitern des Sowjetsystems** und der Regimes, die aus der Entkolonialisierung hervorgegangen sind, zum Großteil aus ihrer Verweigerung von Freiheiten und ihrer Unterschätzung der Demokratie resultiert. Bei der Ausarbeitung von Alternativen muss diese Erkenntnis beachtet werden. Dem Aufbau demokratischer Strukturen muss Vorrang eingeräumt werden.

- Es muss den **doppelzüngigen Reden** der dominierenden Mächte, die immer wieder neue Lektionen über Demokratie erteilen wollen, widersprochen werden. Der Zynismus des amerikanischen Imperialismus, der sich als Anstifter von Kriegen, Folter und Freiheitsverletzungen offenbart, ist besonders unerträglich. Jedoch kann dies nicht als Vorwand dienen, die Freiheiten und die Ausübung von Demokratie einzuschränken.

- Die **vorherrschende Konzeption von Demokratie**, die durch die Vereinigten Staaten und die westlichen Mächte vorgetragen wird, muss abgelehnt werden. Die Demokratie darf nicht mit der Hinnahme der Regeln des Marktes definiert werden, auch nicht mit der Unterordnung unter den Weltmarkt, mit von Außen kontrollierten pluralistischen Wahlen und mit einer völlig eingeschränkten Ideologie der Menschenrechte. Diese Form der Demokratie besteht darin, eine Ausweitung der Vermarktung zu erzwingen, die willkürlich mit der unbestritten großen Bedeutung von freien Wahlen und mit der Anerkennung der Grundrechte

gleichgestellt wird. Dadurch wird die Demokratie nicht nur eingeschränkt, sondern auch in ihrem eigentlichen Sinn pervertiert.

- Es muss erkannt werden, dass eine starke Wechselwirkung zwischen politischer und sozialer Demokratie besteht, da eine politische Demokratie unvollständig ist und nicht von Dauer sein kann, wenn Ungleichheiten, Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit fortbestehen. Eine **soziale Demokratie** kann sich nicht entwickeln ohne Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung, wemgleich auch daran erinnert werden muss, dass eine soziale Politik das Fehlen von Freiheiten und die Nichtbeachtung der Grundrechte nicht rechtfertigen kann.

- Es muss betont werden, dass die Demokratie eine effektive und wachsende **Beteiligung der Menschen** als Produzenten und Einwohner braucht. Dies beinhaltet die Transparenz der Entscheidungsprozesse und der Verantwortungsbereiche und setzt nicht die Bedeutung der repräsentativen Demokratie außer Kraft. Im Gegenteil, sie ergänzt und vertieft diese.

- Da die Demokratie den Kampf gegen Armut, Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen erleichtern soll, muss sie **den Armen und Unterdrückten** für ihren Kampf und ihre Bewegungen **einen strategischen Platz** einräumen. In diesem Sinne tragen demokratische Strukturen im internen Leben dieser Bewegungen zu ihrem Fortbestand und ihrem Erfolg bei.

- Die **Demokratie innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung** weist darauf hin, welche hohe Bedeutung sie für die Zielsetzungen der Bewegung hat. Sie schließt eine Erneuerung der politischen Kultur und Organisation und eine ganz besondere Aufmerksamkeit hinsichtlich der Frage von Autorität und der Hierarchie ein. Zu diesem Zweck schlagen wir eine Kampagne vor, die zum Ziel hat, dass die Erziehung zum Bürger und zur Demokratie einen bedeutenden Platz in den Volksbildungsbewegungen einnimmt und in das Schul- und Bildungswesen integriert wird. **Erinnern wir uns, dass die globalisierungskritische Bewegung Träger eines durch und**

durch demokratischen Projekts ist. Sie fordert den Zugang zu Grundrechten für alle. Dabei geht es um zivile und politische Rechte, vor allem um das Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, beide Grundlage der demokratischen Freiheiten. Die globalisierungskritische Bewegung fordert außerdem wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Rechte, die Grundlagen der sozialen Demokratie sind. Schließlich fordert sie das Recht für die Gemeinschaften und die Völker, gegen die erlittene Unterdrückung und Gewaltakte zu kämpfen. Es geht also um das Erarbeiten eines Programms zur Umsetzung der Demokratie.

Die globalisierungskritische Bewegung erkennt auch die Bedeutung der **öffentlichen Dienste** als eines der Hauptmittel an, allen den Zugang zu Rechten und Gleichberechtigung zu garantieren. Sie verteidigt die Kämpfe der Beschäftigten ebenso wie der Nutzer der öffentlichen Dienste. Sie unterstützt die Initiativen, die die öffentlichen Dienste verteidigen, vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Im Bereich der Gesundheit wären es z.B. der freie Zugang zu kostenlosen Medikamenten und die Ablehnung von Monopolen, von der Diktatur der Patente und des Anspruchs auf Patentierung vom Leben.

- Der Kampf für die Demokratie muss den **unterschiedlichen Handlungsebenen** Rechnung tragen. Wir greifen fünf Ebenen auf: die Unternehmen, die lokale Demokratie, die nationale Demokratie, die großen Regionen, die weltweite Demokratie. Für jede Ebene wird eine Aktion als Beispiel angeführt. Die Prioritätensetzung wird aus der strategischen Debatte resultieren.

1) Die Demokratie im Unternehmen ist eine wichtige Forderung. Sie schließt die Aner-

kennung der Macht der Werktätigen, der Verbraucher und der öffentlichen Gremien auf lokaler und nationaler Ebene ein, zum anderen die Ablehnung der Diktatur durch die Aktionäre und ebenfalls die Ablehnung der zerstörerischen Logik des Finanzkapitals. Ihr Ziel ist die Kontrolle von Entscheidungen, vor allem bei Verlagerungen. Die Förderung von innovativen Formen der Selbstorganisation und von Austausch ist ein Mittel, vielfältige Produktionsformen zu fördern und die behauptete Effizienz kapitalistischer Privatunternehmen zurückzuweisen. Die Bewegung für eine soziale und ökologische Verantwortung der Unternehmen ist trotz der Gefahren der Vereinnahmung von großem Interesse, wenn sie zu öffentlichen, vom internationalen Recht anerkannten Normen führt.

2) Die lokale Demokratie entspricht dem Bedürfnis nach Nähe und Beteiligung. Sie beruht auf lokalen Institutionen, die die öffentlichen Dienste garantieren müssen und Ansätze einer Alternative zum Neoliberalismus darstellen. Statt der Anpassung der gesamten Gesellschaft an den Weltmarkt wird der lokalen Ebene und der Befriedigung ihrer Bedürfnisse der Vorzug gegeben. Sie erlaubt eine Neudefinition der Staatsbürgerschaft, d. h. insbesondere einer auf dem Wohnort bezogenen Staatsbürgerschaft mit entsprechenden Folgen für das Wahlrecht.

3) Die nationale Demokratie bleibt die strategische Ebene: Fragen nach Identität, Grenzen, Respekt der Rechte von Minderheiten, Legitimität der Institutionen sind Bestandteil der Grundlagen einer Volkssouveränität. Die öffentliche Politik kann der Konfrontation mit dem Neoliberalismus einen Raum eröffnen. Die Umverteilung der Reichtümer durch das Steuersystem muss verteidigt und ausgeweitet werden. Maßnahmen wie Mindestlohn und soziale Absi-

cherung, basierend auf der Solidarität zwischen den Generationen, sind nicht nur den reichen Staaten vorbehalten, sondern hängen von den jeweiligen spezifischen Bedingungen der Verteilung zwischen Entlohnung der Arbeit und Profit ab.

4) Die großen Regionen können sowohl Akteure der neoliberalen Globalisierung sein, wie die Europäische Union, als auch Gegentendenzen und Orte des Widerstands, wie es die Entwicklungen des Mercosur oder das Scheitern der ALCA zeigen. Aus dieser Sicht spielen die kontinentalen Sozialforen eine bedeutende Rolle.

5) Die weltweite Demokratie bietet eine alternative Antwort zur neoliberalen Globalisierung. In der gegenwärtigen Situation sind folgende Mobilisierungen der globalisierungskritischen Bewegung vorrangig: Annullierung der Schulden, grundlegende Infragestellung der WTO, Abschaffung der Steuerparadiese, internationale Besteuerung, insbesondere des Finanzkapitals (Kapitaltransfer, Gewinne der multinationalen Konzerne, Ökosteuern...), radikale Reform der internationalen Finanzinstitutionen (insbesondere unter Anwendung des Prinzips: ein Land, eine Stimme), und Reform der Vereinten Nationen unter Beachtung des Völkerrechts und bei Ablehnung von Präventivkriegen.

Es wäre also Folgendes notwendig:
- ein Überwachungsgremium für die Demokratie einzurichten, das sich der Hegemonie der dominierenden Länder, also in erster Linie der Vereinigten Staaten, und ihrem fadenscheinigen Diskurs zur Demokratie widersetzen könnte;
- die Kontrolle durch die Bürger zu fördern;
- die von den sozialen und Bürgerbewegungen entwickelten und umgesetzten neuen Formen von Demokratie zu fördern.

8. Für die Beseitigung aller Formen von Unterdrückung, Ausbeutung und Entfremdung der Frauen

Die Formen des **Patriarchats** sind vielseitig, wie auch seine Beziehung mit dem Imperialismus und Neoliberalismus. Es ist wichtig und notwendig, seinen Einfluss auf die Frauen zu analysieren. Das Konzept des Patriarchats bezieht sich auf die Herrschaft des Vaters/Patriarchen und hat dazu gedient, ein Familienmodell, in dem die Männer über die anderen Familienmitglieder Autontät haben, zu beschreiben.

Das Modell ist zwar nicht universell: Viele afrikanische Gesellschaften sind matrilinear oder haben ein dualistisches System mit väterlichen und mütterlichen Linien, die beide für eine Person ihre Bedeutung haben.

Das patriarchalische System hat sich mit

dem Aufschwung der abrahamschen Religionen und den kolonialistischen Ideologien und Gesetzgebungen verbreitet. Heute meint man mit Patriarchat hauptsächlich die männliche Beherrschung, welche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zuungunsten der Frauen und verschiedene Formen von Abhängigkeit mit sich bringt.

Die Familie, wo ein Kind das soziale Zusammenleben lernt, ist der erste Ort der „Zähmung“ der Mädchen und Frauen.

Die Geschlechterhierarchie ist umso stärker, als sie durch kulturelle Normen und religiöse Werte, die sich die (re)produktiven Kräfte der Frauen aneignen, gefestigt wird. Der Staat verstärkt mit seiner Politik und seinen

Familiengesetzen diese patriarchalische Macht.

Diskriminierung existiert weiterhin in der Familiensphäre, im Bildungswesen, im Zugang zu den Ressourcen der Natur, zu finanziellen und materiellen Mitteln, in der Arbeitswelt, in der Beteiligung an der politischen Macht, usw.

Trotz des spürbaren Fortschritts der Frauenrechte ist die männliche Herrschaft wegen der „Maskulinisierung“ der Institutionen der neoliberalen Organisationen noch fest verankert.

Aus der Analyse der Beziehungen zwischen Patriarchat und Imperialismus und der eher schwachen Bilanz der Frauenkämpfe erge-

ben sich **mehrere Vorschläge**:

1) Aufhören, Frauenfragen nur am Rande zu behandeln, was zu einer politischen und wissenschaftlichen Apartheid führt. Die **Genderfrage** durchzieht alle Bereiche und muss daher **in allen Bereichen** behandelt werden.

2) Das Lobbying innerhalb der Organisationen der Zivilgesellschaft und der politischen Klasse weiterführen, zur Verstärkung des **Bündnisses** zwischen feministischen Organisationen und fortschrittlichen Kräften, damit Letztere die Frauenfrage in ihrer Agenda aufnehmen.

Darunter fallen:

- Bekämpfung des Diskurses der globalisierten Gesellschaft über die Unterlegenheit der Frauen in sozialer, politischer, kultureller und religiöser Hinsicht;

- Förderung der Bildung und Weiterbildung der Frauen, damit sie nicht selber die Vorstellung ihrer untergeordneten Stellung verinnerlichen;

- Verbreitung einer stärkeren Wahrnehmung

ihrer aktiven Rolle in der Gesellschaft;

- Anspornung der Männer, sich über diese männliche Herrschaft Fragen zu stellen, um ihre Mechanismen abzubauen;

- Verstärkung der Gesetzesbestimmungen, die Gleichberechtigung der Geschlechtern festlegen;

- Zunahme der Vertretung der Frauen in den Institutionen (Parität).

3) Die **Geschichte der Frauen**, ihre individuellen und kollektiven Aktionen, bekannt machen, insbesondere:

- das Vorhaben, den Friedensnobelpreis 2005 an „Tausend Frauen“, eine von Hongkonger Vereinen getragene Initiative, zu verleihen;

- Weiterführung der Kampagne „Women Say No to War“ gegen den Irak-Krieg;

- Durchführung von verschiedenen Kampagnen zu aktuellen Themen oder Gesellschaftsprojekten.

4) Das grundlegende Recht der Frauen durchsetzen, selber über ihren eigenen Kör-

per- im physischen sowie geistigen Sinne - zu verfügen und **selber Entscheidungen über ihre Lebensweise** zu treffen: in der Bildung, bei der Arbeit und in anderen Aktivitäten, aber auch im Bereich der Sexualität und Fortpflanzung (Recht auf Verhütung, Wahl der Fortpflanzung, Recht auf Abtreibung usw.). Der Körper der Frau wird nämlich verschiedensten Unterdrückungen und Gewalttaten ausgesetzt.

5) Die theoretischen Ausarbeitungen, die von konkreten weiblichen Erfahrungen ausgehen, weiterführen, um die männliche Herrschaft zu kontorn, die **Perspektiven der Frauen** in verschiedenen gesellschaftlichen Fragen zu erweitern und neue Horizonte für Theorie und Praxis zu eröffnen, insbesondere in der Bevölkerungsfrage (Kairoer Bevölkerungskonferenz von 1994) und in der Umweltfrage (Erdgipfel von Rio 1992, wo die Frauen das Recht, in einer intakten Umwelt leben zu dürfen, gefordert haben).

6) Eine Datenbank und eine Webseite über die **Beziehung der Frauenfrage mit Imperialismus und Neoliberalismus** erstellen.

9. Für eine demokratische Regelung der Medien und für kulturelle Vielfalt

1) Das Recht auf Bildung

Voraussetzung für die Wahrnehmung des Rechts auf Kultur, des Rechts auf aktive und passive Information ist die Verwirklichung des Rechts auf Bildung. Dieses Recht, auch wenn es offiziell überall anerkannt wird, bleibt in zahlreichen Ländern ohne Folgen, insbesondere für die Mädchen. Es ist folglich eine vordringliche Aufgabe für alle sozialen Bewegungen, auf die Regierungen Druck auszuüben, damit sie ihre elementaren Aufgaben in diesem Bereich erfüllen.

2) Das Recht, informiert zu werden und zu informieren:

Initiativen in Richtung der großen Medien

Das Recht, informiert zu werden und zu informieren, steht im Widerspruch zur allgemeinen Logik des Mediensystems. Durch seine weltweit wachsende Konzentration ist es nicht nur selber direkt impliziert und Nutznießer der neoliberalen Globalisierung, sondern auch Träger dieser Ideologie.

Man muss also Schritt für Schritt kämpfen, um diesem „Bewußtsein(miss)bildungsunternehmen“, welches die neoliberale Weltordnung als unausweichlich oder gar wünschenswert hinstellt, Sand ins Getriebe zu streuen.

Um dies zu erreichen, müssen in allen Ländern, im Rahmen einer internationalen Ko-

ordination, Kampagnen geführt werden:

- für Gesetzesinitiativen gegen die Medienkonzentration;

- für Gesetzesinitiativen, die die Unabhängigkeit der Redaktionen von den BesitzerInnen und AktionärInnen garantieren;

- für Gesetzesinitiativen, die die Schaffung von Journalistengesellschaften da, wo sie noch nicht existieren, fördern und ihnen reelle Macht zugestehen;

- für die Erziehung zu Medienkritik im Schulsystem und in den Massenorganisationen.

Alternative Medien fördern

Die alternativen und gemeinnützigen Medien in allen Formen (gedruckte Medien, Radio, Fernsehen, Internet) spielen jetzt schon eine wichtige Rolle im Kampf um eine pluralistische Information, die nicht dem Diktat der Finanzwelt und der transnationalen Unternehmen unterworfen ist.

Deshalb muss man von den Regierungen verwaltungsmäßige und finanzielle Ausnahmeregelungen für diese Medien fordern. Ein Gremium der alternativen Medien könnte die weltweit fortschrittlichsten Gesetzesregelungen herausfinden.

Dem Beispiel der BesitzerInnen und DirektorInnen der großen Medien folgend, wäre es notwendig, jedes Jahr ein weltweites Treffen der Verantwortlichen der alternativen Me-

dien zu organisieren, eventuell im Rahmen der Weltsozialforen.

Das Monopol der **Bildinformation** weltweit darf nicht den Fernsehprogrammen der Nordhemisphäre überlassen werden. Die großen internationalen Fernsehsender des Nordens, wie z. B. CNN, haben lange Zeit ein faktisches Monopol genossen und ein Weltbild vermittelt, das den Interessen der dominanten Mächte entspricht.

In der arabischsprachigen Welt hat es **Al-Jazeera** mit großer Professionalität ermöglicht, die einseitige Vision der Nahostkonflikte zu überwinden.

Die Einführung von **Telesur** ermöglicht es seit kurzem Lateinamerika, sich nicht nur mit den Augen der US-amerikanischen Medien zu sehen.

Die **Gründung eines afrikanischen Programms** würde eine ähnliche Funktion erfüllen und alle Kräfte müssen aufgewendet werden, damit sie eines Tages das Licht der Welt erblicken kann.

3) Das Recht, sich in der eigenen Sprache auszudrücken

Für alle „Off-Shore-Eliten“ unseres Planeten ist der Gebrauch der englischen Sprache eines der ersten Erkennungszeichen. Es besteht eine logische Verbindung zwischen der freiwilligen oder resignierenden Unterwerfung unter die US-amerikanische Supermacht und der Annahme ihrer Sprache

als einzigem Instrument der weltweiten Verständigung. Chinesisch, romanische Sprachen - wenn man die Verständigung in dieser großen Sprachfamilie fördert -, und bald auch Arabisch sind genauso berufen, parallel zum Englischen diese Rolle zu erfüllen. Es ist eine Sache des politischen Willens.

Um gegen das „All-Englische“ zu kämpfen, müssen folgende Maßnahmen getroffen werden:

- sich im Erziehungswesen soweit als möglich das Ziel zu setzen, zwei Fremdsprachen

(und nicht nur Englisch) bis zu einem aktiven und passiven Verständnis (verstehen, sprechen, lesen, schreiben), und eine oder zwei andere Sprachen bis zu einem passiven Verständnis (schriftlich und mündlich verstehen) zu unterrichten;

- im Erziehungswesen das Verständigungsprinzip der romanischen Sprachen (Spanisch, Katalanisch, Französisch, Italienisch, Portugiesisch, Rumänisch – Sprachen, die in 60 Ländern Landessprache sind) zu praktizieren: Wenn jeder seine eigene Sprache spricht und diejenige des Gesprächspartners

versteht, ist die Kommunikation am effizientesten;

- im besonderen Fall Afrikas muss das Unterrichten und die Förderung der nationalen Sprachen zu einer politischen Priorität der afrikanischen Union werden;

- einen internationalen Unterstützungsfonds für die Übersetzung einer größtmöglichen Zahl von Dokumenten in die Sprachen der finanzschwachen Länder einrichten, insbesondere damit diese Sprachen im Internet präsent sein können.

10. Für die Demokratisierung der internationalen Organisationen und die Institutionalisierung einer multipolaren Weltordnung

Die **Vereinten Nationen** sind eine Institution der Völker und in dieser Hinsicht eine Errungenschaft. Aber sie sind auch ein Ort des Kräftemessens zwischen Staaten und das kann sich in gewissen Fällen oder bei manchen Völkern als ambivalent erweisen oder sogar negativ auswirken.

Daher sind Veränderungen notwendig, insofern die hegemoniale Stellung der mächtigsten Länder dazu führt, dass sie die UNO zu ihren Zwecken missbrauchen.

Deshalb werden folgende **Maßnahmen** vorgeschlagen:

- 1) Den „UNO-Raum“ demokratisieren;
- 2) Die Institution UNO „reformieren“, um Ungleichheiten im Kräfteverhältnis der Staaten zu begrenzen;
- 3) Auf die bei der UNO vertretenen Regierungen einwirken und dazu in jedem Land

ein Überwachungsgremium schaffen, das für Transparenz der Aktivitäten der jeweiligen Regierung im Kreise der UNO, ihrer spezifischen Organisationen und der Bretton Woods-Institutionen (IWF, Weltbank, WTO) sorgt;

4) Spezialorganisationen wie die FAO und die WHO neu finanzieren, um zu verhindern, dass sie von transnationalen Firmen abhängig werden;

5) Sicherstellen, dass Soziale Bewegungen und NGOs im Kreise der internationalen Institutionen tatsächlich und umfassend vertreten sind;

6) Internationale Gerichtshöfe, insbesondere für Wirtschaftsdelikte, ins Leben rufen und verhindern, dass sie durch die dominierenden Mächte instrumentalisiert werden. Gleichzeitig Tribunale der Öffentlichkeit schaffen, um alternative Formen der Rechtsprechung zu fördern.

7) Zur Demokratisierung der Vereinten Nationen müssten die Befugnisse der Generalversammlung erweitert werden und der Sicherheitsrat demokratisiert werden, um das Monopol der Vetomächte zu brechen.

8) Sich für eine UNO einsetzen, die eine Regionalisierung mit echten Befugnissen in allen Kontinenten ermöglicht. Es geht insbesondere darum, ein nahöstliches Sozialforum zu organisieren, welches die fortschrittlichen Kräfte der Länder dieser Region zusammenbringt, um Alternativen zum US-amerikanischen Projekt eines „Großen Nahen Ostens“ zu erarbeiten;

9) Innerhalb der UNO den Respekt der nationalen Souveränität verteidigen, insbesondere den Machenschaften des IWF, der Weltbank und der WTO gegenüber;

10) Eine Generalversammlung der Völker einberufen, um dem Teufelskreis der Armut zu entkommen.

Erstunterzeichner des Aufrufs: Forum für ein anderes Mali, Dritt-Welt-Forum, weltweites Forum für Alternativen, ENDA <http://www.enda.sn/> Weitere Unterzeichner: MST, CUT (Brasilien) u.v.m

Originaltext des Aufrufs: http://www.liberationafrique.org/article.php3?id_article=1070

Text auf Arabisch, Englisch und Spanisch unter: <http://www.forumtiersmonde.net/fren/>

Dieser Aufruf fasst die Ergebnisse der zehn Arbeitsgruppen auf dieser Tagung, s. <http://www.fsmmali.org/article107.html?lang=fr>.

Liste der TeilnehmerInnen an der Tagung: <http://monthlyreview.org/nfte0306.htm>

Übersetzung: coordinatrad@attac.org, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen: Josefine Duport, Angelika Gross, Annette Heiss, Jürgen Janz, Michèle Mialane, Katharina Stalder, und die Redaktion von „Sand im Getriebe“, 12.3.2006



Berichte, Einschätzungen über die Weltsozialforen in Bamako und Caracas:

<http://www.attac.de/wsf2006/index.php>

<http://www.labournet.de/diskussion/wipo/seattle/wsf06/>

Programm des Weltsozialforums in Karachi, 24.3.- 29.3.:

<http://www.wsf2006karachi.org/index.html>

Europäisches Sozialforum: <http://www.fse-esf.org/>